

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Juni 2015

Inhalt

Neuigkeiten aus der COFACE	2
COFACE veröffentlicht Erweiterung des <i>European Reconciliation Package</i>	2
COFACE: UN sollen Familienpolitik in den Entwicklungszielen stärken	2
Nachrichten aus den EU-Institutionen.....	2
EU-Kommission: Revision der Mutterschutzrichtlinie wird gestrichen	2
EU-Kommission: Stand der Umsetzung der UN-BRK erläutert.....	2
EU-Sozialkommissarin Thyssen unterstützt IAO-Kampagne gegen Zwangsarbeit	3
EU Kommission: Debatte zur Stärkung der EU-Sozialpolitik	3
EU-Parlament fordert neue Gleichstellungsstrategie	3
FEMM: Überwachungsstelle für geschlechtsbezogene Gewalt vorgeschlagen.....	3
EU-Parlament stimmt für Zusammenführung der Programme für Schulmilch und Schulobst.....	4
EU-Parlament kritisiert Türkei wegen Behandlung von LGBTI.....	4
Arbeits- und Sozialministerrat: Richtlinienvorschläge für Frauenquote in Aufsichtsräten verabschiedet.....	4
Europäisches Forum für die Rechte des Kindes	4
EGMR: Österreich wegen Behandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren verklagt	5
Nachrichten aus den europäischen Staaten	5
Schottland: Wahlalter dauerhaft herabgesetzt	5
Schweiz: Diskriminierung gegen Schwule und Lesben illegal	5
Niederlande: Nichtregierungsorganisationen kritisieren Kinderrechtsverletzungen	5
Weitere Nachrichten	5
Welttag gegen Kinderarbeit 12. Juni.....	5
Weltflüchtlingstag am 20. Juni.....	6
Europäische Ministerinnen fordern eigenständige Gleichstellungsstrategie für EU.....	6
EAPN veröffentlicht Einschätzung zu Länderspezifischen Empfehlungen 2015.....	6
Berichte und Studien.....	6
Eurostat-Studie: Daten zur Lebensqualität in Europa	7
FRA-Bericht: Ausbeuterische Arbeit in der EU.....	7
FRA-Datensatz zur Gewalt gegen Frauen	7
OECD-Studie: Inklusion bei der Verteilung von Bildung und Fertigkeiten?	8
Families and Societies: Drei neue Studien.....	8
UNICEF-Report: Bilanz zu den Millenniums-Entwicklungszielen	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	9

Neuigkeiten aus der COFACE

COFACE veröffentlicht Erweiterung des *European Reconciliation Package*



Als Ergänzung für die praktische Arbeit erläutert COFACE in den „Annexes“ zum „*European Reconciliation Package*“ (siehe [Europa News März 2015](#)) die verschiedenen EU-Programme, die zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie beitragen können. Die „Annexes“ verzeichnen beispielhafte EU-geförderte Projekte in den Mitgliedstaaten einschließlich der Kontaktadressen für weiterführende Informationen und Hilfen.

- [Annexes zum European Reconciliation Package](#)  

COFACE: UN sollen Familienpolitik in den Entwicklungszielen stärken

Anlässlich der Arbeitstagung des UN-Wirtschafts- und Sozialrats vom 6. bis 10. Juli 2015 hat die COFACE eine familienpolitische Stellungnahme übermittelt. Die COFACE betont darin die Querschnittsbedeutung der Familienpolitik für die Prioritätslisten der Mitgliedstaaten in den Bereichen Wirtschaft, Armutsbekämpfung, Beschäftigung, Geschlechtergerechtigkeit, Bildung und Gesundheit. Für die mit der Tagung geplante Überführung der UN-Millenniumsziele in sogenannte „nachhaltige Entwicklungsziele“ sei eine wohlformulierte, effektive und evidenzbasierte Familienpolitik unabdingbar.

- [Stellungnahme der COFACE](#)  

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Kommission: Revision der Mutterschutzrichtlinie wird gestrichen

In einem Brief des Ersten Vize-Kommissionspräsidenten Frans Timmermans an EU-Parlamentspräsident Martin Schulz erläutert Timmermans das geplante Verfahren zur vom EU-Parlament geforderten Mutterschutzrichtlinie, die vom Ministerrat bislang abgelehnt wird (siehe [Europa News Mai 2015](#)). Demnach werde die Kommission erst über die Streichung des Gesetzentwurfes zum Mutterschutz entscheiden, wenn „Ideen für einen frischen Start“ präsentiert würden. Am 18. Juni 2015 kündigte auch Justiz- und Gleichstellungs-Kommissarin Vera Jourova die definitive Rücknahme der Mutterschutzrevision von 2008 an und stellte die einen neuen Vorschlag in Aussicht. Auch der neue Vorschlag soll laut Jourova Schutzzeiten für beide Elternteile vorsehen.

- [Brief Timmermans' an Schulz](#)  

EU-Kommission: Stand der Umsetzung der UN-BRK erläutert

Am 19. Juni 2015 hat die EU-Kommission ihre Antworten auf die Anfrage der Vereinten Nationen zur Umsetzung des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) übermittelt. Das EU-Parlament hatte zuvor gefordert, alle betroffenen Gruppen und Institutionen in die Beantwortung einzubeziehen. Vom 27. bis 28. August 2015 werden die EU und der UN-Ausschuss zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen in Genf über die Ergebnisse beraten.

- [Arbeitspapier der EU-Kommission](#)  

EU-Sozialkommissarin Thyssen unterstützt IAO-Kampagne gegen Zwangsarbeit

Sozialkommissarin Marianne Thyssen hat auf dem Jahreskongress der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) am 11. Juni 2015 die Kampagne „50 for freedom“ unterzeichnet. Die Kampagne will bis 2018 mindestens 50 Staaten zur Unterzeichnung des Protokolls gegen Zwangsarbeit gewinnen. Moderne Zwangsarbeit betrifft nach Angaben der IAO fast 21 Millionen Menschen – darunter zahlreiche Kinder. 11,4 Millionen Frauen und Mädchen sowie 9,5 Millionen Jungen und Männer arbeiten in Zwangsverhältnissen. Haushaltsdienstleistungen, Landwirtschaft, Bauindustrie, Industrie und Unterhaltungsindustrie sind die meistbetroffenen Bereiche.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission](#) 

EU Kommission: Debatte zur Stärkung der EU-Sozialpolitik

Angesichts der negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise von 2008 auf Beschäftigung und Armutsbekämpfung möchte die EU-Kommission die wirtschaftliche Koordinierung verstärken. Die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung Betroffenen stieg seit 2008 um mehr als 6 Millionen auf etwa 123 Millionen im Jahr 2013. Deshalb will die EU-Kommission verstärkt sozialpolitische Ziele verfolgen und dazu insbesondere die Sozialpartner in der EU und in den Mitgliedstaaten stärker einbinden. Das Ergebnis der Debatte vom 9. Juni 2015 soll in das Arbeitsprogramm der Kommission bis zum Ende der Amtszeit einfließen.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission](#)

EU-Parlament fordert neue Gleichstellungsstrategie

Das EU-Parlament hat die Kommission aufgefordert, eine Nachfolge für die in diesem Jahr auslaufende Gleichstellungsstrategie vorzuschlagen. Der Beschluss vom 9. Juni 2015 fordert Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation von Frauen, insbesondere von alleinerziehenden Müttern, und die Einebnung der Einkommens- und Rentenungleichheit. Außerdem müsse die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert und der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden. Besondere Erwähnung finden die Rechte von Migrantinnen, Angehörigen ethnischer Minderheiten wie der Roma, von Frauen mit Behinderungen und LGBTI-Personen (lesbische, schwule, bi-, trans- und intersexuelle Personen). Der Parlamentsbeschluss enthält zudem die Forderung, allen Frauen den Zugang zu Verhütung und sicherer Abtreibung zu gewähren.

Die EU-Kommission hatte am 21. April 2015 eine öffentliche Konsultation zu Gleichstellungspolitik gestartet. Bis Ende Juli 2015 ist eine Beteiligung möglich (siehe [Europa News April 2015](#)).

- [Der Beschluss des EU-Parlaments](#)
- [Umfrage „Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU“](#)

FEMM: Überwachungsstelle für geschlechtsbezogene Gewalt vorgeschlagen

Auf der Agenda des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) des EU-Parlaments standen am 15. und 16. Juni 2015 die Situation weiblicher Hausangestellter und des Pflegepersonals, Leitlinien zur Bekämpfung geschlechtsbezogener Gewalt, der Wissenschaftslaufbahn von Frauen, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sowie das geschlechtsspezifische Rentengefälle. FEMM verabschiedete seine Prioritäten für 2016, darunter die Einrichtung einer europäischen Überwachungsstelle für geschlechtsbezogene Gewalt im Rahmen des bestehenden Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen. Zudem verabschiedete der Ausschuss einen Bericht zur „Stärkung von Mädchen in

der EU durch Bildung“. Dieser zeigt Fortschritte auf dem Weg zum gleichberechtigten Zugang zu Bildung auf, kritisiert aber auch bestehende Ungleichheiten zwischen Jungen und Mädchen.

- [Entwurf des FEMM-Berichts](#)  

EU-Parlament stimmt für Zusammenführung der Programme für Schulumilch und Schulobst

Das EU-Parlament hat sich für die Zusammenführung der bestehenden EU-Schulumilch- und Schulobstprogramme ausgesprochen und beschlossen, auch die begleitenden Bildungsmaßnahmen auszuweiten (siehe [Europa News April 2015](#)). Der entsprechende Gesetzesentwurf beinhaltet zudem eine Aufstockung und gerechtere Verteilung der Programmmittel innerhalb der EU. Sobald der Ministerrat den Vorschlägen zustimmt, können die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten beginnen.

- [Pressemitteilung des EU-Parlaments](#)

EU-Parlament kritisiert Türkei wegen Behandlung von LGBTI

In seiner Entschließung zum Fortschrittsbericht für den EU-Beitritt der Türkei konstatiert das EU-Parlament erkennbare Verbesserungen, erwartet aber auch deutliche Schritte der Türkei zum Schutz von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen (LGBTI) vor gewaltsamen Übergriffen. Das Parlament kritisiert die häufig fehlende oder mangelhafte Ahndung der Täter bei Hassverbrechen. Um Minderheiten besser zu schützen, schlägt das Parlament der Türkei vor, eine Antidiskriminierungsstelle einzurichten und ein Gesetz gegen Diskriminierung zu verabschieden und in der Verfassung zu verankern.

- [Resolution des EU-Parlaments](#) 

Arbeits- und Sozialministerrat: Richtlinienvorschläge für Frauenquote in Aufsichtsräten verabschiedet

Am 18. und 19. Juni 2015 tagte der Arbeits- und Sozialministerrat der EU. Der Rat begrüßte die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Empfehlungen der Kommission und die Einbeziehung der Sozialpartner. Zudem verabschiedete der Rat Richtlinienvorschläge für eine Frauenquote in Aufsichtsräten, Schlussfolgerungen zu gleichen Einkommenschancen für Frauen und Männer sowie zu Maßnahmen, die die bestehende Rentenlücke schließen sollen. Die große Mehrheit des Rats schloss sich auch den Parlamentsforderungen nach einer neuen Gleichstellungsstrategie an.

- [Ergebnisse des Treffens](#)  

Europäisches Forum für die Rechte des Kindes

Vom 3. bis 4. Juni 2015 fand in Brüssel das 9. Europäische Forum für die Rechte des Kindes der EU-Kommission unter dem Motto „Koordinierung und Zusammenarbeit in integrierten Kinderschutzsystemen“ statt. Im Fokus standen das Thema Prävention und Verfolgung von Gewalt gegen Kinder. Die Konferenzteilnehmer/innen erarbeiteten zehn Prinzipien für den Schutz von Kindern, die die Kinder als Grundrechteinhaber anerkennen, ihre Unterstützung und ihren Schutz sowie die juristische Ahndung von Diskriminierung fordern.

- [Webseite der Konferenz](#) 

EGMR: Österreich wegen Behandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren verklagt

In Österreich dürfen homosexuelle Paare zum Abschluss einer eingetragenen Partnerschaft nicht das Standesamt aufsuchen, sondern müssen auf die Gemeindeverwaltungen ausweichen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat nun aufgrund einer Beschwerde ein Verfahren eingeleitet. Noch 2012 hatte das österreichische Verfassungsgericht die Verwaltungspraxis der Trennung nach sexueller Orientierung für rechtmäßig erklärt – in Deutschland ist sie seit 2011 abgeschafft.

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Schottland: Wahlalter dauerhaft herabgesetzt

Das schottische Parlament hat am 18. Juni 2015 einstimmig beschlossen, das Wahlalter dauerhaft herabzusetzen. Zukünftig dürfen Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren ihre Stimme in kommunalen und nationalen Wahlen abgeben. Bereits zum Unabhängigkeitsreferendum waren 16- und 17-Jährige zugelassen. Die Wahlbeteiligung der Jugendlichen lag bei 75 Prozent. Das neue Gesetz soll rechtzeitig zur schottischen Wahl im Mai kommenden Jahres in Kraft treten. Unmittelbar zuvor hatte das Parlament des Vereinigten Königreichs in London eine Absenkung des Wahlalters für das EU-Referendum abgelehnt.

Schweiz: Diskriminierung gegen Schwule und Lesben illegal

Das schweizerische Parlament hat in beiden Kammern eine neue Antirassismus-Strafnorm verabschiedet, die nun auch die Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung unter Strafe stellt. Hass-Aufrufe, Propaganda-Aktionen und die öffentliche Herabsetzung ethnischer oder religiöser Gruppen oder sexueller Orientierungen sind verboten. Bereits bestehende Verbote der Diskriminierung aufgrund einer bestimmten Lebensform hätten bislang keine Strafverfolgung für homophobe Äußerungen bewirkt, hieß es zur Begründung.

Niederlande: Nichtregierungsorganisationen kritisieren Kinderrechtsverletzungen

Einem Bericht der UNICEF und der NGO Defence for Children International (The Netherlands) zufolge kommt es in den Niederlanden häufig zu Verstößen gegen die Rechte von Kindern. Dies trafe vor allem besonders verletzte Kinder, beispielsweise warteten derzeit fast 80 Prozent der Kinder im Jugendarrest noch auf ihre Prozesse, rund 2000 stünden auf Wartelisten für die Jugendfürsorge, 110 Kinder seien aus Asylsammelstellen spurlos verschwunden. Die beiden Organisationen riefen die niederländische Regierung auf, die UN-Übereinkunft zu Kinderrechten in Gesetzgebung, Politik und Praxis zu integrieren und das Recht der Kinder auf Partizipation umzusetzen.

Weitere Nachrichten

Welttag gegen Kinderarbeit 12. Juni

Der Internationale Tag gegen Kinderarbeit – seit 2002 jedes Jahr am 12. Juni begangen – soll für die Rechte von Kindern und gegen ihre Ausbeutung sensibilisieren. Etwa 168 Millionen Kinder müssen weltweit arbeiten. Die EU-Kommission forderte anlässlich des Welttages gegen Kinderarbeit weitere Anstrengungen im Kampf gegen Kinderarmut. Kein Kind solle seine Kindheit und Bildung opfern müssen, um für sein

Überleben oder das seiner Familie sorgen zu müssen. Investitionen in Bildung, Kinder- und Jugendvorsorge könnten generationsübergreifende Armut besonders auch in Krisenregionen wirksam bekämpfen.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission](#)

Weltflüchtlingstag am 20. Juni

Weltweit sind weit über 50 Millionen Menschen auf der Flucht – Familien werden auseinandergerissen und verlieren ihre Lebensgrundlage. Zum Weltflüchtlingstag 2015 hat die EU-Kommission zu mehr Solidarität und geteilter Verantwortung in Europa aufgerufen: „Seit dem Zweiten Weltkrieg hat die Welt nicht mehr so viele Flüchtlinge gesehen. Europa wird nicht wegsehen. Das können wir auch nicht, wenn so viele dieser Flüchtlinge einen sicheren Hafen in an Europas Küsten suchen.“ Die EU-Kommission hat im Mai ihre Migrationsagenda mit Sofortmaßnahmen als Reaktion auf die Krisensituation im Mittelmeer und einem neuen strategischen Ansatz für eine bessere Migrationssteuerung präsentiert. Die Kommissionsvorschläge werden derzeit von den EU-Staats- und Regierungschefs diskutiert.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission](#)

Europäische Ministerinnen fordern eigenständige Gleichstellungsstrategie für EU

Ministerinnen, Minister und Staatssekretärinnen aus 20 EU-Ländern, darunter Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig, haben von der EU-Kommission eine neue EU-Gleichstellungsstrategie für 2016 gefordert. In einem Schreiben an die zuständige Kommissarin Vera Jourova verlangen sie die Gleichstellung der Geschlechter als eigenständige Strategie, die nicht in der Bekämpfung anderer Diskriminierungsformen aufgehen dürfe. Gleichstellungspolitik sei eine wichtige Aufgabe für die EU, die wieder verstärkt werden müsse.

- [Der Brief an EU-Kommissarin Vera Jourova](#)  

EAPN veröffentlicht Einschätzung zu Länderspezifischen Empfehlungen 2015

Das Europäische Netzwerk gegen Armut (European Anti-Poverty Network/ EAPN) hat im Juni 2015 seine Einschätzung zu den Länderspezifischen Empfehlungen der EU-Kommission vom 15. Mai veröffentlicht. Kernkritik ist die Beschränkung der Empfehlungen für Armutsbekämpfung auf nur sechs Länder. Die EAPN fordert die Neuausrichtung des Europäischen Semesters auf nachhaltiges und umfassendes Wachstum, einen Wechsel von der Austeritätspolitik zu sozialen Investitionen, die gute soziale Sicherungen und Dienste ermöglichen und umfassende Besteuerung. Außerdem plädiert das Netzwerk für die Schaffung guter Arbeit durch positive Aktivierung und proaktive Inklusion.

- [EAPN Key Assessments](#)  
- [Country-by-country detailed Annex](#)  

Berichte und Studien

Berichte der EU-Kommission: Europa braucht mehr Lehrerinnen und Lehrer

Zwei Studien, die die EU-Kommission am 25. Juni 2015 veröffentlichte, belegen den hohen Bedarf an qualifiziertem Lehrpersonal in Europa. Zwei Drittel der Lehrkräfte seien über 40 Jahre alt, 40 Prozent gingen in den nächsten 15 Jahren in Ruhestand, der hohe Frauenanteil im Lehrberuf wachse weiter. Die Studien,

herausgegeben vom Eurydice-Informationsnetzwerk zu Bildungssystemen und dem Zentrum zur Erforschung von Bildung und lebenslangem Lernen (CRELL), betonen den zukunftsgerichteten Bedarf an guten und kompetenten Lehrer/innen, deren kontinuierliche fachliche Fortbildung und erläutern Möglichkeiten und Realität der Lehrerbildung in den Ländern der EU.

- [Bericht des Eurydice-Netzwerks](#) 
- [Bericht von CRELL](#) 

Eurostat-Studie: Daten zur Lebensqualität in Europa

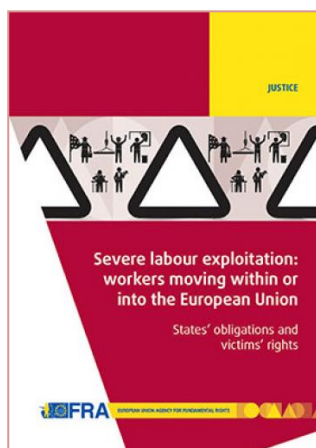


Das Amt für Statistik der EU (Eurostat) hat eine Studie zur Lebenszufriedenheit der EU-Bürger/innen herausgegeben. In der Studie kombiniert Eurostat objektive Indikatoren und subjektive Bewertungen der Lebenssituation der Menschen in den Mitgliedstaaten. Auf einer Skala von null bis zehn lag die Lebenszufriedenheit der Europäer 2013 bei 7,1, die der Deutschen bei 7,3. Die größte Zufriedenheit mit der finanziellen Situation zeigte sich in den drei nordischen EU-Mitgliedstaaten Dänemark, Schweden (jeweils 7,6) und Finnland (7,5), in Deutschland lag sie bei 6,3. In Bulgarien, seit Jahren vermutlich aufgrund der niedrigen Einkommen das EU-Land mit der unzufriedensten Bevölkerung, seien die Einwohner/innen mit ihrem Privatleben noch unzufriedener als in ihrem Beruf: das ist einzigartig in der EU.

Sozialkommissarin Thyssen verspricht sich von der Studie ein umfassendes Bild, das dazu beitragen könne, „eine besser auf die Menschen zugeschnittene Politik zu entwickeln und die Lebenszufriedenheit der Europäer erhöhen“.

- [Studie: „Quality of Life“](#) 

FRA-Bericht: Ausbeuterische Arbeit in der EU



Die Grundrechteagentur der EU hat im Juni 2015 ihren Bericht zur Ausbeutung von Arbeitskräften in der EU vorgestellt. Es handle sich bei Ausbeutung nicht um ein Randphänomen oder Einzelfälle, sondern ein alltägliches Übel, das bislang wenig Aufmerksamkeit erfahren habe. Innerhalb der EU umziehende Arbeitnehmer/innen oder Einwanderer/innen nach Europa würden häufig Opfer von ausbeuterischer Arbeit – auch in der Hausarbeit sowie in der Landwirtschaft, im Bauwesen, in der Hotellerie und Gastronomie und im verarbeitenden Gewerbe. Risiko und Strafen für die Ausbeutenden seien jedoch gering. FRA fordert, dieses System der Straflosigkeit zu beenden und schlägt dafür Kontrollmodelle vor.

- [Bericht: „Severe labour exploitation“](#)  

FRA-Datensatz zur Gewalt gegen Frauen

Die EU-Grundrechteagentur (FRA) hat im Juni 2015 die erste EU-weite Umfrage zu Gewalt gegen Frauen veröffentlicht. Sie basiert auf Interviews mit 42000 Frauen von 2012. Die Daten sind online zugänglich und nach einer Anmeldung kostenfrei verfügbar.

- [FRA-Datensatz „Violence against women“](#) 






OECD-Studie: Inklusion bei der Verteilung von Bildung und Fertigkeiten?

Die Verteilung von Bildungsmöglichkeiten steht wegen ihres starken Einflusses auf Beschäftigung, Einkommen, Wohlbefinden, Gesundheit und Vertrauen im Zentrum einer am 1. Juni 2015 veröffentlichten OECD-Studie. Mangel an hochwertigen Bildungsmöglichkeiten gilt als der wichtigste Grund für die generationelle Vererbung von Armut, sozialer Ungleichheit und gesellschaftlichem Ausschluss. Nachhaltiges Wachstum und Fortschritt bräuchten deshalb umfassende und gleich verteilte Bildungsangebote. Zwischen 2000 und 2013 sei der Anteil an 25- bis 64-Jährigen mit tertiärem Bildungsabschluss im OECD-Mittel um 3,1 Prozent pro Jahr gestiegen, der Anteil derjenigen mit höherem sekundärem Abschluss um 2,9 Prozent gefallen. Die Veränderungen bei höheren und niedrigeren Abschlüssen seien zwischen den Ländern unterschiedlich, in allen Ländern sei jedoch der Anteil an weniger gut ausgebildeten jungen Menschen geringer als bei den Älteren – in einigen Ländern liege der Bevölkerungsanteil mit geringen Lesefähigkeit bei mehr als 20 Prozent.

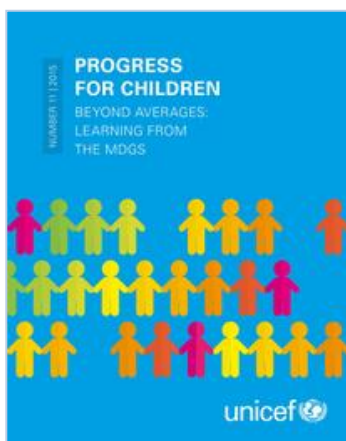
- [Studie „Are Education and Skills being Distributed more Inclusively?“](#)  

Families and Societies: Drei neue Studien

Das europäische Netzwerk „Families and Societies“ hat im Juni 2015 drei neue Studien veröffentlicht: Die erste untersucht die Zusammenhänge zwischen gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnissen, individueller wirtschaftlicher Unsicherheit und den kurzfristigen Familiengründungsabsichten in zehn europäischen Ländern. Die Resultate legen eine Verbindung zwischen ökonomischer Unsicherheit und den kurzfristigen Familiengründungsplänen in allen Wohlfahrtsstaaten nahe und zeigen die Bedeutung der wahrgenommenen wirtschaftlichen Sicherheit für die Familienplanung. Die zweite Untersuchung nimmt die mentale Gesundheit und das Wohlbefinden lateinamerikanischer Jugendlicher in Spanien in den Blick und gelangt zu dem Befund, die Immigrantenkinder seien aufgrund der starken Zusammenhänge zwischen Stress und Segregation sowie ethnischer Konzentration mental stärker belastet als spanische Jugendliche. Die dritte Studie untersucht die Zusammenhänge zwischen Ausbildung, Paarbildung und Geburtenhäufigkeit in Europa und findet hier deutliche Zusammenhänge. Das Ausbildungsniveau beider Partner scheint hierbei relevant für Zeitpunkt und Anzahl der Geburten zu sein.

- [„The impact of economic uncertainty on childbearing intentions in Europe“](#)  
- [„Determinants of mental well-being among Latin American adolescents in Spain“](#)  
- [„Partners' educational pairings and fertility across Europe“](#)  

UNICEF-Report: Bilanz zu den Milleniums-Entwicklungszielen



Die UNICEF-Bilanz fordert die Regierungen vor der geplanten Verabschiedung der neuen internationalen Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen im September zu neuen Anstrengungen auf. Die internationale Gemeinschaft lasse Millionen Kinder im Stich, wenn sie nicht die am stärksten benachteiligten Familien in den Mittelpunkt der Entwicklungspolitik stelle – so das Fazit des neuen UNICEF-Reports „Fortschritt für Kinder“, der die Umsetzung der Millenniumsziele für Kinder überprüft. UNICEF sieht zwar deutliche Verbesserungen der Lebenssituation von Kindern weltweit. Durch ungleiche Startchancen führten jedoch weiterhin Millionen Kindern ein Leben in Armut. Vielen Kindern sei nach wie vor ihr Recht auf Bildung vorenthalten, viele seien

durch Mangelernährung in ihrer gesamten Entwicklung beeinträchtigt. Der Bericht fordert mehr Einsatz für die Kinder und zeigt wichtige Handlungsfelder auf.

- [Deutsche Zusammenfassung des Berichts](#) 
- [Bericht „Progress for Children“](#)  

Bevorstehende Veranstaltungen

- 11. Deutscher Seniorentag: „[Gemeinsam in die Zukunft!](#)“ (2. bis 4. Juli 2015, Frankfurt/M.)
- European Economic and Social Committee: [Europe 2020 - Paths for reinventing Europe's future](#) (6. Juli 2015, Brüssel)
- European Social Network: „[23rd European Social Services Conference](#)“ (6. bis 8. Juli 2015, Lissabon)
- Internationaler Rat für die Paritätische Doppelresidenz (ICSP): „[Internationale Konferenz zur Paritätischen Doppelresidenz 2015 – Bewährte Lösungen für die rechtliche und psycho-soziale Umsetzung der Paritätischen Doppelresidenz \(Wechselmodell\)](#)“ (08. bis 10. Juli 2015, Bonn)
- International Family Day Care Organisation (IFDCO): „[IFDCO-Conference 2015](#)“ (22. bis 25. Juli 2015, Edinburgh)
- Swedish Family Care Competence Centre, Carers Sweden and Carers UK: „[6th International Carers Conference – Care and caring: future proofing the new demographics](#)“ (03. bis 06. September 2015, Göteborg)
- European Economic and Social Committee (EESC): „[The implementation of the UN CRPD by the EU: Assessing the impact of the UN Committee on the Rights of Persons with Disabilities' concluding observations – The way forward](#)“ (10. September 2015, Thessaloniki)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).